das der bandenmäßigen Begehung (Buchstabe b) faktisch keine selbständige Bedeutung, weil in aller Regel ein schwerer Fall im Sinne des § 30 StEG dann schon durch die schwere Schädigung des sozialistischen Eigentums begründet war. Fehlte es an dieser, dann bestand vielfach auch Veranlassung, von der Milde- rungsjausel des Abs. 3 des § 30 StEG Gebrauch zu machen. Andererseits ist jedoch gerade die organisierte Tatbegehung durch eine Gruppe von Personen auch unter Ausnutzung ihrer beruflichen Tätigkeit — namentlich bei Straftaten zum Nachteil des sozialistischen Eigentums — eine durchaus charakteristische und auch regelmäßig gefährliche Erscheinung, die eine gesetzliche Berücksichtigung verdient. Indessen geht es dabei nicht darum — wovon § 30 StEG aus- ging —, jeden an der bandenmäßigen Tatausführung Beteiligten allein deswegen strenger zur Verantwor- tung zu ziehen, sondern vor allem um die strengere Bestrafung der Organisatoren, der „Drahtzieher“. Ein Merkmal, das regelmäßig den verbrecherischen Cha- rakter eines Eigentumsdeliktes bestimmt, könnte demzufolge das Organisieren einer gruppen- bzw. bandenmäßigen Begehung von Eigentumsdelikten sein. Nach dem Vorschlag soll dieses Merkmal neben dem der schweren Schädigung als zweites gesetzlich veran- kert werden.

Schließlich erfordert der Kampf , gegen die besonders bei Eigentumsdelikten konzentrierte Rückfall- kriminalität eine gesetzliche Berücksichtigung. Zwar ist auch bei der Rückfallkriminalität der Haupt- weg zu ihrer Überwindung nicht die Bestrafung (durch eine undifferenzierte harte Bestrafung wird eher das Gegenteil erreicht). Andererseits ist unzweifelhaft, daß namentlich bei den besonders hartnäckigen Rückfall- tätern strenge Strafen unerlässlich sind. Ein gewisser, wenn auch nur äußerer Anhaltspunkt zur Kennzeich- nung eines hartnäckigen Rückfalltäters könnte die An- zahl der Vorstrafen sein. Dabei wird man, in Übereinstimmung mit den Erfahrungen mit § 30 StEG, aber auch mit § 244 StGB, zwei Vorstrafen mindestens vor- aussetzen müssen. Ein weiterer die Rückfallkriminali- tät wirklich auf ihre verbrecherischen Erscheinungs- formen einschränkender Gesichtspunkt könnte der der Höhe der Vorstrafen sein, weil sich darin auch die Schwere der bestrafte Vortaten widerspiegelt. Da natürlich nur noch nicht getilgte Vorstrafen rückfall- begründend sein können, wäre angesichts unserer rela- tiv kurzen Tilgungsfristen auch das Vorliegen eines gewissen zeitlichen und inneren Zusammenhanges zwi- schen den früheren Straftaten und der erneuten Tat- begehung ein weiteres einschränkendes Kriterium¹³. Von diesen drei Seiten aus könnte in der Regel aus- reichend die wirklich verbrecherische Rückfallkrimi- nalität gekennzeichnet werden. Soweit das erneute Eigentumsdelikt im Einzelfall, etwa wegen der außer- ordentlich geringen Schwere, nicht Verbrechens- charakter trägt, sollte nach einer im Allgemeinen Teil vorgesehenen generellen Strafmilderungsbestimmung¹⁴ von der Anwendung der Norm über die Bestrafung von verbrecherischem Diebstahl und Betrug abgesehen und die Sanktion aus der Bestimmung für Vergehen genommen werden. Rückfallbegründend sollen — in Übereinstimmung mit früheren Vorstellungen¹⁵ — wechselseitig Eigentumsdelikte (Diebstahl und Betrug) zum Nachteil von sozialistischem wie auch von persön- lichem bzw. privatem Eigentum sowie Raub, Er- pressung und Hehlerei sein.

Der Strafrahmen für verbrecherische Eigentumsdelikte, und zwar bei sozialistischem wie bei persönlichem bzw. privatem Eigentum, soll Freiheitsstrafe von zwei bis zehn Jahren umfassen. Es wird folgende Bestimmung vorgeschlagen:

„Wer einen verbrecherischen Diebstahl oder Betrug begeht, indem er

1. mit der Tat vorsätzlich eine schwere. Schädigung des sozialistischen Eigentums herbeiführt,
2. zur Tat eine Gruppe von Personen organisiert hat, die sich unter Ausnutzung ihrer beruflichen Tätig- keit oder zu fortgesetzter Begehung zusamen- schließt,
3. die Tat ausführt, obwohl er bereits zweimal wegen Diebstahls oder Betruges zum Nachteil sozialisti- schen Eigentums oder des Eigentums der Bürger oder wegen Raubes, Erpressung oder Hehlerei mit Freiheitsstrafe bestraft ist,

wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu zehn Jahren bestraft.“

Für eine differenzierte Bestrafung der Eigentums- delikte zum Nachteil des persönlichen bzw. privaten Eigentums sollten gleichlautende Bestimmungen er- lassen werden. Lediglich bei der Untreue, die sich in der mitgeteilten Form nur auf persönliches und pri- vates Eigentum bezog, erscheint eine andere Regelung der gesetzlichen Strafzumessung erforderlich. Für den Grundtatbestand sollen Geldstrafe, Verurteilung auf Bewährung (bedingte Verurteilung) oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren vorgesehen werden. Bei der Art dieses Delikts und den damit regelmäßig verbundenen ersten Pflichtverletzungen bei der Verwaltung frem- den Vermögens schien eine Übergabe an gesellschaft- liche Organe der Rechtspflege und auch ein öffentlicher Tadel nicht vertretbar. Bei erheblicher Vermögens- schädigung oder anderen erschwerenden Umständen soll Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren — nach den vor- liegenden Erfahrungen der Rechtsprechung offensicht- lich ausreichend — vorgesehen werden.

Die gleichen Grundprinzipien der Differenzierung, namentlich der Unterscheidung von Verbrechen und Vergehen, wurden auch der Ausarbeitung der Sank- tionen für die vorsätzliche Sachbeschädigung bei so- zialistischem wie bei persönlichem oder privatem Eigentum zugrunde gelegt. Der Strafrahmen des Ver- gehenstatbestandes soll von der primär, besonders bei der Masse der weniger schweren Beschädigungs- handlungen, vorgesehenen Übergabe an ein gesell- schaftliches Organ der Rechtspflege über öffentlichen Tadel, Geldstrafe und Verurteilung auf Bewährung (bedingte Verurteilung) bis zu Freiheitsentzug bis zu zwei Jahren reichen. Die schwere Sachbeschädigung (von persönlichem bzw. privatem Eigentum) und die verbrecherische Beschädigung sozialistischen Eigen- tums sollen gleichfalls in erster Linie durch den vor- sätzlich herbeigeführten schweren Schaden gekenn- zeichnet werden. Dabei soll bei der Beschädigung so- zialistischen Eigentums entsprechend dem oben er- läuterten ökonomischen Aspekt dieser Gesichtspunkt durch solche Merkmale erweitert werden wie das der vorsätzlichen Herbeiführung von Produktionsstörungen u. ä. ökonomischer Auswirkungen, einschließlich solcher auf dem Gebiete des Verkehrs. Dabei ist klar, daß man derartige nicht mit konterrevolutionärer Ziel- setzung begangenen Handlungen vom Staatsverbrechen der Diversion klar abgrenzen muß.

Die Erfahrungen unserer Rechtspflegeorgane zeigen, daß wir auch eine gewisse Häufung von Rückfälligkeit bei den Delikten der Sachbeschädigung haben, die ins- besondere von jüngeren männlichen Personen, vielfach unter Einfluß von Alkohol, oft in Gruppen und in rowdyhafter Weise begangen werden. Beschädigt wer-

13 Vgl. dazu Knecht 'Barwinsky. „Zum Begriff der Rückfall- kriminalität“, NJ 1964 S. 429.

14 vgl. Buchholz, „Gedanken zur außerordentlichen Strafmilde- rung durch Unterschreitung der gesetzlichen Mindeststrafe“, NJ 1959 S. 560 ff.

15 Vgl. Buchholz/Schwarz/Griebe, a. a. O., S. 482.